

MACHT und KRIMINALITÄT

Auch Stammkunden der Strafverfolgungsinstanzen können ihren widerspenstigen Lebensstil mit Pornografie und Gewaltvideos würzen. Daher hat der Fotograf unseren Knacki/Wirtschaftskriminellen, der im letzten Heft Versuchskaninchen der neueren Hirnforschung war, erneut karikiert. Denn der Vergehenstatbestand des sich Verschaffens von Pornografie schreckt jemanden, der unserem Titelhelden gleicht, sicher nicht. Verfahren werden nach § 154 StPO eingestellt, da er ohnehin mehrfach auffällig ist. Eine Erweiterung und eine später fast sicher prognostizierbare Verschärfung in besonders schweren Fällen des § 184 b StGB (Kinderpornografie) wird nur solche Mediennutzer treffen, die Wert legen auf ein legales Leben, die aber dennoch ein kleines verschämtes Doppelleben führen. Im Folgenden geht es also nicht um Kriminalität der Mächtigen. Hierzu hat schließlich in diesem Heft Michael Jasch gesagt, was zum jetzigen Zeitpunkt Stand der Debatte ist. Verhältnisse und Verhaltensweisen, die man mit „Macht“ assoziieren kann, Strategien gegen Machtmissbrauch, die eher kontraproduktive Rolle von Strafrecht als prima ratio und der immer drohende Machtmissbrauch der Strafgesetzgebung werden unsere Themen bleiben.

In diesem Beitrag geht es um die Rede von einem höchst unklaren Opferschutz, in dessen Namen sozial unerwünschtes und leicht skandalisierbares Verhalten symbolisch bestraft werden soll - ohne erkennbaren Nutzen und ohne Rücksicht auf die destruktiven Folgen, die eine Kriminalisierung nun einmal haben kann, auch ohne Blick für die nur begrenzte Reichweite von Therapie statt Strafe. Dieses Mal ist es ein Europäischer Rahmenbeschluss, der ohne Not eins zu eins umgesetzt wird, inhaltlich geht es um mediensüchtige Pädophile und solche, die es ihnen gleich tun, weil auch sie den Kick des Perversen suchen. Ohne weitere Debatten, völlig lautlos wird vermutlich demnächst das schon immer bestehende Verbot der Verwendung von Kinderpornogra-



fie bis an die Grenze zum Unsinn erweitert; denn in der EU soll künftig als Kind gelten, wer unter 18 Jahren alt ist. 2004 hatte die damalige rot-grüne Koalition derartiges aus guten Gründen abgelehnt und den besagten EU-Rahmenbeschluss nur sinngemäß ins deutsche Recht transformiert, also daran fest gehalten, dass nach deutschem Recht ein Kind eine Person unter 14 Jahren ist und ein Bilderverbot sich am Tatbestand des sexuellen Missbrauchs zu orientieren hat. Die große Koalition meint nachbessern zu müssen.

Wieso sie das meint tun zu müssen, verstehen nur juristische Laien. Schließlich gibt es in § 176 StGB das sehr viel härtere Verbot Kinder, die sexuell missbraucht werden, auch noch dadurch zu schädigen, dass die Tat gefilmt wird zu pornografischen Zwecken. Diese Norm schützt das Persönlichkeitsrecht von

Kindern (Altersgrenze 14 Jahre) und macht als Bestandteil eines Kernstrafrechts Sinn. Aber was soll ein reines Bilderverbot, das immer existiert hat und das auch der 2004 novellierte § 184 b StGB vorsieht? Pragmatisch betrachtet machen solche Straftatbestände Sinn, um der Polizei Befugnisse an die Hand zu geben und Verträge über § 134 BGB nichtig machen. Aber ein Instrument gegen potentielle Kinderschänder, so der populäre Aberglaube, sind sie nicht. Dieses Instrument existiert aber. Diejenigen, die Kinder schädigen, weil sie pornografische Bilder ihres Missbrauchs aufnehmen, können nach den im Einzelfall sehr harten Strafnormen der §§ 176, 176 a StGB bestraft werden und sollten dies auch konsequent. Bei Bilderverboten hingegen haben wir es mit gesetzgeberischem Machtmissbrauch zu tun.

Monika Frommel